

Dresdner Nachrichten

Dresdner Nachrichten
Nur das beste Material, welches in allen Ländern der Welt zu finden ist, wird zur Herstellung dieser Nachrichten verwendet. Die Druckerei ist in Dresden, im Jahre 1890, gegründet worden. Die Druckerei ist in Dresden, im Jahre 1890, gegründet worden.

Contobücher
eigener Fabrikation empfohlen
J. Bargoun Söhne.
Dresden, 1890.

35. Jahrgang.
Auf. 48,500 Stück

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1110.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Tapeten.
Grösste Auswahl, billigste aber feste Preise.
Franz Schlotte,
im Café Passage, Ecke Johannesstrasse.

Moritz Hartung, Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Nr. 179. Spiegel: Genehmigung der Militärvorlage, Richten- und Postkonferenz, Räumliche Anordnungen, Hofnachrichten, Ueberrichte im Rheinweien, Stadtverordnetenversammlung, Anleihen-Bill, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Vortragsprotokolle, Niederdeutsch. **Sonnabend, 28. Juni.**

Politik.
Die zweite Beratung der Militärvorlage ist beendet und die Mehrforderung von 18,500 Mann besonders für die Aufstellung von 70 Batterien nach langen Reden glänzend unter Dach und Fach gebracht. Die dritte Beratung pflegt kurz zu sein und ändert erfahrungsmäßig an dem Resultate der zweiten Abstimmung nur dann etwas, wenn eine ganz knappe Majorität, nicht aber, wie hier, eine solche von mehr als 80 Stimmen die Entscheidung gebracht hat. Diese Mehrheit ist größer, als man erwartet hatte, da vom Centrum nur 18 bayrische und 2 böhmisches Abgeordnete mit den Demokraten, Freisinnigen und Sozialisten sich ablehnend verhielten, die übrigen aber der Abstimmung mit einem gar nicht unrichtigen Tatgefühl fern blieben. Gleichzeitig fand auch die Abstimmung über einige akademische Fragen statt, mit denen der Centrumsführer sein Gewissen zu entlasten gesucht hatte. Gegen diese sogenannten Resolutions, deren Annahme kaum einen praktischen Erfolg haben wird, stimmten nur die Konservativen und Sozialisten. Das die Motive dieser Gegenführer recht verschieden waren, bedarf wohl keiner Darlegung. Gegen die Annahme der zweiten Resolution betreffs der alljährlichen Festlegung der Friedenspräsenzstärke stimmten auch die Nationalliberalen. Gäßen auch hier die Sozialdemokraten einen konsequenter ablehnenden Standpunkt eingenommen, so wäre es jedenfalls zweifelhaft geblieben, ob sich eine Majorität für diese Resolution gefunden hätte. Sie gogen es daher vor, während der Abstimmung größtenteils im Jovoy zu bleiben und sich ihrer komplizierten Taktik zu erfreuen.

Die Abstimmungen machen es deutlich, daß die große Mehrheit des Volkes und seiner Vertreter bereit ist, für die Stärkung unserer Wehrkraft die schwersten Opfer zu bringen. So laune rechts und links Alles von Waffen starr, können wir es uns nicht auf dem Ruhezustand bequem machen. Gegenüber der Einmütigkeit allerdings, mit welcher bei unseren Nachbarn im Westen die Forderungen bewilligt werden, welche jeder Blick an der Militäranschauung voraussetzt, ist die Majorität von 80 Stimmen, welche die Regierungsvorlage fand, etwas sadenstreichend. Es mag ja allerdings richtig sein, daß Mancher vor dem Prinzip wegen dagegen stimmte, weil er sah, daß die Vorlage trotzdem gesichert war — dahin dürften besonders die Wadensstimpfer im Jreisinn gehören —, aber andererseits dürfte die Wirkung, welche eine einstimmige Annahme gemacht hätte, nicht zu unterschätzen sein. Es ist anders gekommen, und die Freisinnigen, welche über die Hälfte der Gewerkschaften stellen, haben wenig Ursache zur Freude. Es mag ihnen besonders heil über den Rücken gelaufen sein, als die Voten austreten und der Erklärung, daß sie, um nicht die heiligsten Interessen des Deutschen Reichs zu schädigen, für die Vorlage stimmen würden. Zweifellos liegt in diesem Vorgehen der Voten ein ungleich größerer Sieg, als in der Korn- und Weizenhandelspolitik der Freisinnigen, die wieder vollständig in die Spekulationszwangsjade gepreßt sind und unter der Peinliche ihres energischen Leiters munter einhertrotten. Die Schacherpolitik dieser Partei hat auch den in letzter Zeit vielgehörten Begriff der „Kompensationen“ erfunden. Sachtlich ist ja manche ihrer Forderungen, wie die thunlichste Verbefinerung einer zweijährigen Dienstzeit, nicht ohne Berechtigung, aber es bleibt unpatriotisch, diese Frage, deren Lösung überdies nicht vom Hause gebrochen werden kann, mit der Frage einer augenblicklich notwendigen Verführung der Artillerie zu verquälen. Diesen Standpunkt betonte auch die abschließende, sachlich ruhige, staatsmännlich angelegte Rede des Abg. v. Bennigsen. Sehr wesentlich erleichtert wurde ihm seine Stellungnahme durch die Erklärungen des Kriegsministers v. Verha, der seine in der Kommission geäußerten Ideen doch wesentlich einschränkte. Er erklärte seine Absicht dahin, mit neuen Forderungen nur dann hervorzutreten, wenn sich das Machtverhältnis der Nationen von Neuem veränderte, und versicherte, daß an eine volle Ausbildung sämtlicher Ersatzreserven von Niemandem gedacht sei. Auch betonte er nachdrücklich, daß die Annahme der gegenwärtigen Vorlage keineswegs zu künftigen Verwundungen verpflichte. Auf der so gewonnenen Grundlage hatte Bennigsen leichtes Spiel. Klar und unabweislich charakterisierte er die Taktik, die Bewilligung einer so unerlässlichen Forderung an unannehmbare Bedingungen zu knüpfen, als unzulässig. Die gelegentliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist unmöglich. Derselbe erfordert große Umwälzungen in der bisherigen Organisation auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiete und läßt sich nicht über das Anle brechen. Rückwärtsverzicht ist im Hinblick auf etwa weiter erforderliche Erhöhung des Reservekontingentes sicherlich, dafür trat auch Bennigsen ein, aber sie verlanget Zeit und Weile.

Die finanzpolitischen Einwendungen konnten gegenüber den Ausführungen des Staatssekretärs v. Waldow nicht mehr maßgebend sein. Er stellte die möglichen Ertragsquellen der bisherigen Reichsfinanzpolitik in das rechte Licht und wies die Schwächen der Opposition zurück. Er konnte darauf hinweisen, daß den Einzelstaaten nach Abzug der Militärleistungen jährlich noch immer 177-188 Millionen aus den Reichseinnahmen überwiegen werden könnten. Man braucht ja nicht zu khovoy zu sehen. Allerdings sind die indirekten Steuern in den letzten zehn Jahren von 23 auf 73 Mark gestiegen, aber es ist nicht zu vergeßen, daß große Verleicherungen zu Gunsten der Steuerzahler und besonders der mündelbegüterten Klassen in den einzelnen Ländern dem gegenüberstehen. Die Zehnten gehören z. B. in Preußen der Erbschaft und die Vermögenssteuer, die Zuwendungen an die Gemeinden durch die lex Hunsch, die Uebernahme der Verbräunungen, Erleichterungen der Volksschulwesen. Alles in Allem 78 Millionen. Diese Gegenrechnung muß man machen, wenn das Facit stimmen soll. Untere Ausgaben werden allerdings in Zukunft sichtlich um 50 Millionen öbber sein, als im vorigen Jahre. Der Hauptposten davon ist aber die Ausgabe für die Alters- und Invalidenversicherung, legt also auf dem Gebiete der Arbeiterverehrung, nicht der Militärverwaltung.

Da die Umrisse dieser Ausgabe noch nicht bekannt sind, liegt auch die Frage, ob neue Steuern notwendig sein werden, in der Zukunft. Herr v. Waldow hält solche für wahrscheinlich, aber nicht für unbedingt sicher. Jedenfalls wäre dem Volke ein großer Gefallen gethan, wenn die Steuerschraube zur Ruhe käme und eine glückliche Gestaltung der politischen Verhältnisse weitere Anpassungen auf militärischem Gebiete überflüssig machte. Die Lage des Centrums gegenüber der Vorlage war freilich wenig beunruhigend. Wenn irgend eine Partei, so hat sie das Recht, mit Haut zu kochen: Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust. Der Major v. D. und künftige Reichssekretär v. Quere und die böhmisches Bier- und Landwirthe haben wenig mit einander gemein. Es bedarf der ganzen schlauen und weisheitsreichen Taktik des alten Waidborscht, die beiden Seelen zusammenzubringen. Aber er konnte es nicht verhindern, aus dem Munde seiner Wahlgenossen vom 21. Februar, namentlich von Seiten Webers, eine ganze Reihe von bitteren Sarkasmen über sich ergießen zu lassen. Die Stelle, aus welcher Weber sprach, ist die verurtheilte des Centrums. In das alte Evangelium, daß das Centrum „der höchste Wall gegen die Sozialdemokratie“ sei, glaubt wohl kein Mensch mehr, seitdem sich bei den letzten Wahlen wieder eine starke Lebenskraft der sozialdemokratischen Schlagschläger über die Provinzen der Kantone ergoß hat. Jetzt läßt das Centrum für die Säulen seiner Segensgöttin, und Herr Waidborscht muß es sich gefallen lassen, daß ein Votum des Reichstages ihn als „furchtbar“ bezeichnete. Daß die Sozialisten sich ebenso wie die jüdischen Demokraten ablehnend verhielten, war vorzuziehen. Herr Weber brachte dies nicht erst in einer mehr als einstündigen Rede an vorherigen Tage zu begründen. Immerhin hat er aber einige Verheerungen gethan, die zu denken geben. Er entwirrte sich als ein Meister an der Durchführbarkeit einer allgemeinen Abrüstung und als ein überzeugter Vertreter des Zwiespals. Als die Sozialdemokratie den Weg nach Demoslos gegangen und Herr Weber aus einem unglücklichen Solutus ein überzeugter Kantus geworden? Warum ist er die Held so eifrig vertretenen Abrüstungsbegehren? Was treibt ihn jetzt, den von den Sozialisten in Frankfurt und Italien stets heftig behaupteten Zwiespalt zu vertheidigen und seine Forderungen als absolut überflüssig zu erklären? Die Forderung Webers lautet einfach: Da der Zwiespalt besteht, so ist eine weitere Stärkung der Militärkraft nicht möglich und die verheerliche „Verdrängung der ärmeren Klassen“ um so tadelswerth.

Rechtsprechungs- und Gerichtsberichte vom 27. Juni.

Berlin, Reichstag, Eingegangen: Vorlage betreffs Verlegung des Reichstages vom 8. Juli bis zum 18. November, Nachtraggesetz (Konten der Militärvorlage). — Auf der Tagesordnung: 3. Beratung des Abgeordnetengesetz, betr. die Gewerbeverhältnisse (Zug.) erklärt, daß die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu dem Entwurfe davon abhängig machen, daß ihre Voträge betr. Verabreichung der Altersgrenze für die Wahlbarkeit, die Wahlberechtigung der Arbeiterinnen, Beibehaltung der Jungensgerichtsstände und Beibehaltung der bestehenden Gewerbeverhältnisse angenommen werden. Während, wie vorauszuweisen, dieselben abgelehnt, so müßten sie gegen die Vorlage stimmen. Ademann (Sonn.) beantragt Streichung des in der 2. Lesung aufgenommenen Satzes, wonach die Genehmigung des im Gewerbegebiete begründeten Erbschafts durch die höhere Verwaltungsbehörde nur dann verlangt werden darf, wenn es im Widerspruch mit den Gesetzen steht. Bei den weitgehenden Verfügungen der Gewerbeverhältnisse, die im Rahmen des Landesgesetzes rechtliche Entscheidungen treffen sollen, sei es doch erforderlich, daß den von den Landesfürsten eingesetzten Organen ein Einfluß auf die Entscheidung der Gewerbeverhältnisse eingeräumt werde. Ebertz (Sonn.) wendet sich gegen den Antrag, mit dem den Gewerbetreibenden angesprochen werde, Staatssekretär v. Waldow beivilligt das; aber es könne sehr leicht vorkommen, daß in kleinen Gemeinden rechtliche Bestimmungen getroffen werden, die einer Correctur dringend bedürften. Dahn (Sonn.) beantragt, daß der Verlegung der Genehmigung eines Reichstages Entscheidungsgründe beigegeben werden müssen. Der Antrag ist gestellt, um die Annahme des Antrages Ademann, den auch er dringend empfiehlt, zu erleichtern. Normening (Sonn.) tritt für Aufrechterhaltung des angeführten Satzes ein, der im Interesse der Arbeiterinnehmer liege. Die Anträge Ademann und Dahn werden angenommen. Gegen den ersten Hinweis Freisinnige und Sozialdemokraten. — Bei § 8 beantwortet Dr. Ulrich (Sonn.) den sozialdemokratischen Antrag auf Verabreichung der Altersgrenze für die Wahlbarkeit zum Reichstag des Gewerbegebietes vom 21. auf das 21. Lebensjahr. Die Arbeiter würden früher sein, als die Arbeitgeber anderer Stände. Auch müßte er, daß für die Wahlbarkeit einjähriger Aufenthalt am Orte genügt solle, während die Vorlage zweiwährigen Aufenthalt verlangt. Major Liebert habe noch bloß zweiwährigen Aufenthalt in Oesterreich ja auch kein Urtheil über die dortigen Verhältnisse abgegeben. Singer (Sonn.) spricht für die sozialdemokratischen Anträge. Die Bedingungen der Wahlbarkeit, welche die Vorlage enthalte, sei ein Mißtrauensvotum gegen die Arbeiter. Dr. Borch (Centrum) stellt dies in Abrede mit dem Hinweis darauf, daß die Bestimmungen ebenso für die Arbeitgeber als für die Arbeiter gelten. Die Anträge der Sozialdemokraten werden abgelehnt. Zu § 12 beantwortet die Sozialdemokraten, die Altersgrenze für die Wahlberechtigung vom 21. auf das 21. Lebensjahr herabzusetzen und die Arbeiterinnen das Wahlrecht zu geben. Auer begründet den Antrag. Gegen das Wahlrecht der Frau läßt man die Konsequenzen an. Nun, das sei Sache der Zukunft; aber man möge der Zukunft vorarbeiten. Auch das politische Stimmrecht der Frauen werde kommen. (Zur Weiblichkeit: Ich wünschte nur, daß Ihre Frauen lären, was hier verhandelt wird, dann würden sie Ihre Haltung bedauern. (Zur Weiblichkeit: Ebertz (Sonn.) und Ulrich (Sonn.) sprechen für den sozialdemokratischen Antrag. Letzterer meint, durch die hohe Altersgrenze für Wahlberechtigung und Wahlbarkeit könne ein Erfolg für das Sozialisten-Gewerbe geschaffen werden zu sollen. Staatssekretär v. Waldow: Die Regierung habe nicht im Entferntesten an das Sozialistengesetz gedacht, als sie das Gesetz gebau habe. Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. § 16 handelt u. A. von der Ausweisung der Weiblicher, welche zulässig sein solle, wenn der Weiblicher sich einer großen Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht. Kaufmann (Sonn.) verlangt die Bestimmung dahin geändert, daß die Verletzung der Amtspflicht durch eine strafbare Handlung begangen sein muß. Stadthagen (Sonn.) beantragt Streichung der ganzen Bestimmung über Amtsenthebung und Amtsentziehung. Er wirft der Staatsverwaltung die Parteifärbung vor, was der Präsident als unparlamentarisch rügt. § 16 wird unverändert angenommen. Zu § 24 wird ein Amendement Vordem angenommen, wonach über Verlegung von Gewerbeverhältnissen das Gewerbegericht entscheiden soll. § 24 schlägt Anträge und gewerbemäßige Rechtsvertreter von den Verbands-

lungen vor dem Gewerbegericht aus. Vachem und v. Pietsch beantragen, daß ausnahmsweise Rechtsanwälte als Vertreter vor dem Gewerbegericht zugelassen werden können. Die Anträge werden abgelehnt. § 24 betrifft Gutachten und Anträge der Gewerbeverhältnisse. Nach der Vorlage können Ausschüsse aus der Mitte des Gewerbegebietes zur Vorrichtung besonderer Angelegenheiten eingesetzt werden. Hierzu wird ein Antrag Ebertz angenommen, wonach den Ausschüssen nicht nur die Vorrichtungen, sondern auch die Abgabe des Gutachtens übertragen werden kann. § 22 enthält die Bestimmung, daß durch die Zuständigkeit eines Schiedsgerichtes die Zuständigkeit des Gewerbeverhältnisses ausgeschlossen ist. Die Sozialdemokraten beantragen Streichung dieser Bestimmung. Ein Antrag Ebertz will die Zuständigkeit demjenigen Gericht zuweisen, bei dem die Klage anhängig wird. Gegen die Anträge sprechen Vachem und Wehner (Sonn.). Die Anträge werden abgelehnt. § 23a behandelt die Zuständigkeit der bereits bestehenden Gewerbeverhältnisse. Borch (Sonn.) beantragt, daß die nach dem Gewerbeverhältnissen zugelassenen Gewerbeverhältnisse mit dem 1. April 1892 aufgehoben werden, wenn ihre Aufhebung dem vorliegenden Gesetz nicht entgegensteht. Der Antrag wird angenommen, der Rest der Vorlage behaltend erledigt. Morgen Vorlage betr. die Verlegung des Reichstages vom 8. Juli bis zum 18. November. Militärvorlage, Nachtraggesetz, Schlussbestimmung über das Gesetz betr. die Gewerbeverhältnisse.

Der Kaiser befreit sich mit dem Prinzen Heinrich die Aufrechterhaltung zu Posen. Abends 8 Uhr geht der Kaiser mit der Königin nach Slesingen in See, wo sie bis morgen Nachmittag gegen 4 Uhr ankommt. — Die Kaiserin begibt sich mit den kaiserlichen Prinzen am 21. d. zu längerem Aufenthalt nach Slesingen auf Küken. — Prinz Friedrich Leopold ist heute Abend nach Ulm gereist, um den Kaiser beim dortigen Mannheimer zu vertreten. — In parlamentarischen Kreisen ging heute das Gerücht, der Kriegsminister v. Verha von Bernold habe um seine Entlassung nachgedacht. Als sein Nachfolger wird der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, Generalleutnant v. Wittig, genannt. — Der „Reichstag“ veröffentlicht die Verlegung des kaiserlichen Reichstages an Capri und den Grafen Kapell, und die Ernennung des Staatssekretärs des Innern, Freiherrn v. Marckall, zum württembergischen Ges. Rath mit dem Votidat G. r. r. r. — Der Gouverneur von Helgoland, Warth, ist heute früh hier eingetroffen. — Der gestrigen parlamentarischen Sitzung beim Reichstag wurde u. A. im Gespräch mit konservativen Abgeordneten über das deutsch-englische Abkommen und meinte, das gewöhnlich dem Gebiete am Tana ein zu großes Gewicht beilegt werde, nachdem durch Schiedsgericht die Inseln Batta und Nanda den Engländern angebrochen worden seien, das übrige abgetretene Gebiet ohne wesentlichen Werth sei. — Der dem Reichstage zugewandene 3. Nachtragsetz, der auch die Forderung für die kaiserlichen Bahnen enthält, sieht die einmaligen Ausgaben auf 61,873,738 Mk. und die fortlaufenden auf 8,109,535 Mk. fest. — Präsident v. Vedeow ist vom Centoren-Conten beauftragt, mit der Regierung darüber zu verhandeln, daß aus diesem Nachtragsetz alles genommen werde, was nicht mit der Militär-Vorlage zusammenhänge. Falls dem entsprechen wird, erfolgt die Verlegung des Reichstages wahrscheinlich schon am 8. oder 6. Juli.

Berlin, Es wird angenommen, daß die Insel Mafia an der ostafrikanischen Küste dem deutschen Schutzgebiet zugewiesen wird. — Das Reichstagsmandat für Kaiserlautern soll nicht dem kaiserlichen Bismarck, sondern einem Ostdeutscher im Vorterritorial angeboten sein. — Der „Sonn.“ wird zu ihrer Weidung, daß Kaiser Bismarck bereits in einer politischen Angelegenheit um Rath angenommen worden sei, mittheilt, daß seine Meinung sich nicht auf Mitglieder der gegenwärtigen Regierung beziehen könne, da ein Weiblicher derselben mit dem kaiserlichen Bismarck in amtlichen politischen Angelegenheiten zur Zeit überhaupt nicht statthaltet. — In dem Bericht über den Empfang der Berliner Deputation beim kaiserlichen Bismarck waren die Worte in den Mund gelegt: Die Sozialdemokraten rechnen sich nicht zu den Deutschen. Die betreffende Aeußerung lautet aber dahin — wenn er die Sozialdemokraten abrechne, die er in denartigen Fragen überall in Preußen nicht mittheilt, so sei es ein sehr unglücklicher Theil der Berliner Bevölkerung, der die Adresse unterzeichnet habe. — Als Nachfolger des Finanzministers Dr. Meißner wird der Oberbürgermeister v. Altona, Adickes, genannt. — Der Reichstagsabg. und Oberbürgermeister von Posen, Müller, ist zum Vizepräsidenten der Reichstags ernannt worden. — In Brüssel lagen jetzt die Vertreter eines Ausschusses europäischer Postverwaltungen, um den Entwurf eines Abkommens über den internationalen Postverkehr zu verhandeln, der dem nächstjährigen Kongress des Weltpostvereins in Wien zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Das Abkommensentwurf ist auf der Grundlage des deutschen Postgesetzwerkes geplant.

Petersburg, Die russische Regierung beschloß endgiltig in Vibon einen Kriegshafen und in Windau einen Handelshafen zu errichten.

Kopenhagen, Das Garde-Bataillon mit dem Prinzen Christian als Vorkommandant wird heute nach Schloss Fredensborg aus dem Antier Wilhelm's Ehrenwache zu bilden. Aus der Abrede in Slesingen ist zum Empfang des Kaisers ein purpurener Valchaden erachtet. Die genannte Garnison der Festung Cronborg nimmt auf der Abrede Aufstellung.

New York, Der amerikanische Geschichtsschreiber George Bancroft, früherer Gesandter in Berlin, liegt im Sterben. Die Berliner Börse schloß vorwiegend schwächer ein. Das Interesse der Spekulation konzentrierte sich auf die Mandation. Die Vertheilung des Geldmarktes beeinflusste die Stimmung. Banken durchweg etwas niedriger, ebenso Bahnen. Verweise, anfangs schwächer, befestigten sich bald etwas auf glückliche amerikanische Gebiete. Auch fremde Renten waren abgeschwächt. Im weiteren Verlauf war die Börse geschäftlos. Gegen Schluss trat auf Grund besserer auswärtiger Notierungen allgemeine Belebung ein. Bei Kaufverkehr Banken ruhig, ebenso deutsche Bahnen. Ueberreichliche meist besser; Verweise matt, andere Indirectpapier unbedeutend. Privatdiskont 3/8 Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Früh Regen, später aufgekllärt, Westwind.

Erziehlich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schulstr. 71 und Lohm.

Spezialdruckerei L. Glöckner in Fahrenberg, eigene Leihbibliothek